SVP Klartext
Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Mit Unterschriftsbogen: **Unterschreiben Sie jetzt das Referendum «Staatsmedien Nein»!**

September 2021

99%-Initiative: Klassenkampf-Rhetorik.
Seite 6

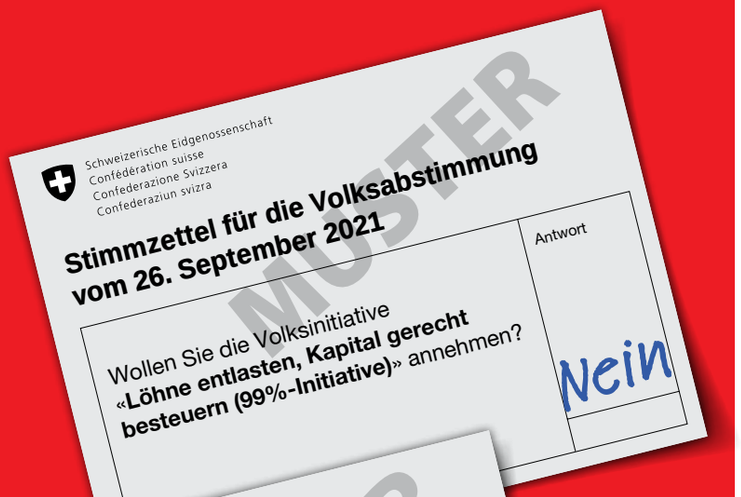
Covid-19: Endlich Grenzkontrollen und Reisequarantäne.
Seite 11

Widerstand gegen EU-Erpressungspolitik.
Seite 15

Jetzt an die Urne!

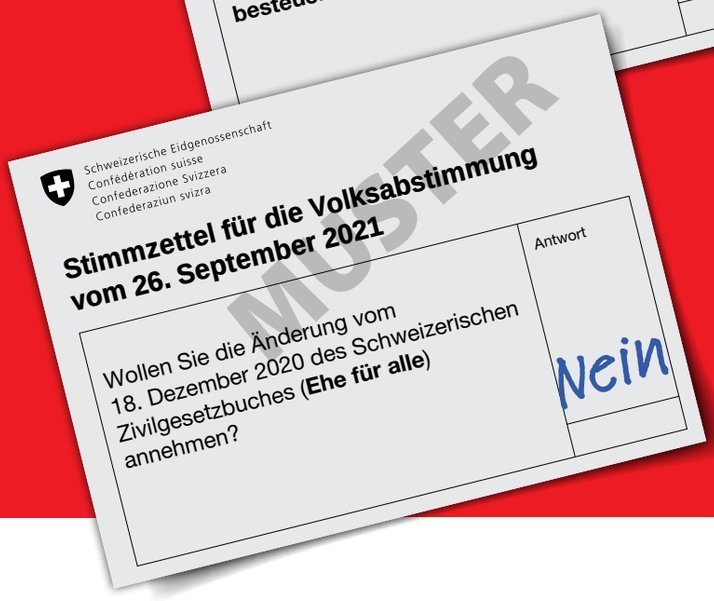
KMU und Arbeitsplätze zerstören?

NEIN zur linksradikalen 99%-Initiative



Rechte von Kindern opfern?

NEIN zur Ehe für alle



AZB 3001 Bern – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint sechs Mal jährlich
53'000 Expl. – svp.ch klartext@svp.ch – September 2021

Die Linken wollen die Schweiz aussaugen

Linke Politik heisst: Den Steuerzahlern das Geld aus der Tasche ziehen und den Staat immer mehr aufblähen. Das jüngste Beispiel ist die 99-Prozent-Initiative der Juso. Der Kampf der SVP gegen diese schädliche linke Schmarotzer-Politik läuft auf Hochtouren.

Zuerst die gute Nachricht: An der Delegiertenversammlung vom 21. August im schönen Kanton Freiburg konnten wir uns endlich wieder persönlich treffen. Auch wenn die Mainstream-Medien es nicht gerne sahen: Die ganze SVP-Familie hat es sichtlich genossen, einander die Hand zu geben und von Angesicht zu Angesicht zu diskutieren. Die Demokratie lebt von diesen direkten Begegnungen, vom Austausch der Basis mit Parteileitung und Volksvertretern.

Das war auch ein klares Statement: Die Delegierten sagten deutlich Nein zum Covid-Gesetz, über das wir am 28. November abstimmen. Dank dem Einsatz unseres Finanzministers Ueli Maurer haben die geschädigten Unternehmen rasch Hilfe bekommen. Jetzt müssen wir aber zur Normalität zurückkehren können. Schutzkonzepte ja, wo sie nötig sind. Wir sind für ein Covid-Zertifikat, das wir als Dienstleistung – zum Beispiel bei Auslandsreisen – nutzen können. Aber das Zertifikat darf nicht politisch missbraucht werden, um Menschen in der Schweiz zu diskriminieren und stigmatisieren. Deswegen unterstützt die SVP das zweite Covid-Referendum.

Neben dem Nein zur «Ehe für alle» erteilten die Delegierten auch der linksextremen 99-Prozent-Initiative eine Abfuhr. Das Begehren der Jungsozialisten ist brandgefährlich: Es schröpft Unternehmen und Startups, schadet der Wirtschaft und gefährdet Arbeitsplätze. Damit zerstören die Linken die Schweiz!

Immer mehr Abgaben und Steuern, immer mehr Vorschriften und Verbote: Das ist typisch für die schmarotzerhafte Politik der Linken. Sie sind wahre Weltmeister darin, den Bürgerinnen und Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Hier nur ein Beispiel: Als ob es das Nein zum CO2-Gesetz nicht gegeben hätte, basteln sie heimlich schon wieder an einer Erhöhung des Benzinpreises. Nicht mit der SVP!

Wir bekämpfen diese linke Schmarotzer-Politik auf allen Ebenen. Was auf uns zukommt, wenn wir diesen selbstzerstörerischen Irrsinn nicht stoppen, zeigt sich in den links-grün regierten Städten. Sie sind Laboratorien der Bevormundung – und der Plünderung des Mittelstands.

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement gegen die linken Wohlstandsvernichter – und für eine Schweiz mit mündigen Bürgerinnen und Bürgern!

Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz

Kein Steuergeld für Medienmilliardäre

Zeitungen, Radio, Fernsehen und Onlineplattformen sollen jährlich 178 Millionen Steuerfranken erhalten. Davon würden vor allem schwerreiche Verleger profitieren. Unterschreiben Sie deshalb jetzt das Referendum gegen das Medienförderungsgesetz.

von Roger Köppel
Nationalrat
Küsnacht (ZH)

Bundesrat und Parlament wollen die Medien mit jährlich 178 Millionen Franken «direkt» fördern, falls der Souverän dies nicht an der Urne verhindert. Diese politische Hilfestellung hat für die Verleger etwas Demütigendes. Vor allem aber beruht sie auf einem Fehlurteil über die Aufgabe der Medien wie über das Wesen der Marktwirtschaft. Es kann sowie nicht sein, dass überall dort, wo die Konsumenten wegbrechen, der Staat in die Bresche springt. Und es darf nicht sein, dass die Presse ihr unabhängiges Wächteramt verliert und sich – am Nasenring des Staates angebunden – einer bequemen Stallfütterung hingibt. Über diese traurige künftige Rolle der Medien täuschen auch wohlklingende Begriffe nicht hinweg, wie «Rahmenbedingungen verbessern», «Angebotsvielfalt in den Regionen stärken» und «Unabhängigkeit erhalten».

Total kosten die privaten Medien die Steuerzahler jedes Jahr rund 400 Mio. Franken. Zusammen mit den SRG-Gebühren macht das jährlich unverschämte 1,7 Milliarden!

Gesetz nützt den linken Online-Angeboten

Unter Leitung der linken Medienministerin Simonetta Sommaruga (SP) wurde mit dem Medienförderungsgesetz eine Vorlage erarbeitet, die vor allem den tendenziell linken Online-Angeboten nützt. Selbstverständlich sind die Gratis-Anzeiger der Robinvest AG von Christoph und Rahel Blocher von der Förderung ausgeschlossen, obwohl sie ausgiebig über die jeweiligen Regionen berichten. Darüber werden diese Verleger nicht unglücklich sein. Nur: Die Förderung der einen heisst immer auch Diskriminierung der anderen. Die bisher betriebene indirekte Medienförderung durch vergünstigte Postzustellung soll künftig zur direkten «Förderung» von Redaktionen und Inhalten werden. Die Journalistenschulen werden dermassen subventioniert, dass man von einer Verstaatlichung sprechen muss.

Von der vorgesehenen Medienförderung profitieren hauptsächlich die auflagenstarken Verleger. Sie waren es auch, die in Bern besonders nachdrücklich vorgesprochen haben. Dabei haben die grossen Medienhäuser in den letzten Jahrzehnten rücksichtslos kleinere Regionalblätter aufgekauft, und zwar immer unter Hinweis auf die freie Marktwirtschaft. Mit der neuen Medienförderung werden vor allem die monopolähnlichen Medienkonzerne gefördert. Ein beträchtlicher Teil der vielen Steuermillionen fliesst in die Taschen der Verlegerfamilien Coninx, Ringier oder Wanner. Die Familien Coninx und Ringier verfügen laut Bilanz über annähernd ein Milliardenvermögen, und auch die Wanners im Aargau sind schwerreich.

Das alles beruht auf Leistung und sei ihnen gegönnt. Doch ist es auch für uns Bürgerliche stossend, wenn künftig so viel Staatsgeld in den Taschen dieser Grossverleger verschwindet. Bei den Verlegern und den Medienschaffenden ist der Griff nach dem Staatsgeld selbstverständlich beliebt. Denn die meisten Journalisten sind schon links. Und die meisten Verleger sind angesichts der offenen staatlichen Geldschränke gerne bereit, es noch zu werden.

Referendum sofort unterschreiben!

Die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen das Mediensubventions-Gesetz läuft nur noch bis 30. September. Darum den diesem «Klartext» beigelegten Bogen sofort unterschreiben und einsenden!

Achtung: Pro Bogen nur Bürger derselben Gemeinde unterschreiben.

Nein zur Wohlstands-vernichtungs-Initiative

Die SP unterstützt die kommunistische 99%-Initiative ihrer Jungpartei. Das ist eine Schande für eine Regierungspartei.

von Thomas Matter
Nationalrat
Meilen (ZH)

Selbst gemässigte Sozialdemokraten und Gewerkschafter bekämpfen die so genannte 99%-Initiative der Jungsozialisten, über die wir am 26. September abstimmen. Denn sie wissen: Dieses extremistische Anliegen würde den Wohlstand und die Marktwirtschaft in der Schweiz zerstören, Innovationen abklemmen, Arbeitsplätze vernichten, die Renten gefährden und die Mieten drastisch erhöhen. Handelt es sich also lediglich um ein Anliegen pubertärer Pöbler, jugendlicher Protestler und geschichtsloser Jungmarxisten, die das Leben erst aus der Perspektive der Schulbank gesehen haben? Schön wär's. Schlimmer noch als die realitätsfremde 99%-Initiative ist die Tatsache, dass dieses wohlstandsvernichtende Projekt durch die SP offiziell unterstützt wird.

Partei mit zwei Bundesräten dafür

Dass die SP als Regierungspartei mit doppelter Bundesratsvertretung und mit den Schlüsseldepartementen Inneres und Infrastrukturen diese 99%-Initiative unterstützt, ist eine Schande. Einmal mehr wollen urbane Luxus-Sozialisten, Besserwisser und akademische Tagträumer in den Städten den Leistungsträgern und Krampfern in der Bevölkerung eine weltfremde Umverteilung vorschreiben. Ausgerechnet die SP, die der SVP regelmässig vorwirft, sie habe die Regierungsfähigkeit verwirkt, trägt jetzt eine Initiative mit, die das Land wirtschaftlich in den Abgrund stürzen würde. Ausgerechnet die SP, die seinerzeit den SVP-Bundesrat Christoph Blocher wegen angeblicher Konkordanzverstössen abgewählt hat, macht sich zur Erfüllungsgehilfin einer Initiative mit desaströsen Folgen für die Schweiz.

Schluss mit Werkplatz und Arbeitsplätzen

Das Anliegen von Juso und SP entspringt einem von den rot-grün regierten Städten geprägten verwahrlosten Denken, das sich jeder Leistung und jeder Einsicht ins reale wirtschaftliche Leben verweigert. Die 99%-Initiative verlangt, dass Kapitaleinkommen wie Zinsen, Dividenden oder Mieterträge anderthalb mal so hoch besteuert werden sollen wie Lohneinkommen. Das so der Wirtschaft entzogene Geld soll in die «soziale Wohlfahrt» fliessen. Doch ohne Kapital und Kapitalgewinne kann unsere Wirtschaft weder Arbeitsplätze noch Innovationen schaffen. Schon heute bezahlen die 10 Prozent «Reichsten» über 50 Prozent der Steuererträge. Ein noch grösserer steuerlicher Raubzug wäre für unsere Volkswirtschaft, unseren Werkplatz und unsere Unternehmen eine Katastrophe. Dieser würde nämlich den Betrieben das überlebenswichtige Kapital entziehen und Nachfolgeregelungen ver-unmöglichen. Die Folgen trügen nicht die «Reichsten», die ihre Vermögen rasch abziehen und im Ausland anlegen würden. Betroffen wären in erster Linie die Arbeitnehmer und die einkommensschwächeren Mitbürger. Darum schiessen die Juso und die SP mit der 99%-Verarmungsinitiative sich und jenen, die sie zu vertreten vorgeben, in den eigenen Fuss.

Als Unternehmerin sage ich klar NEIN zur 99%-Initiative!

Die 99%-Initiative der JUSO gefährdet wichtige und nötige Investitionen in Schweizer Unternehmungen. von Nationalrätin Stephanie Heimgartner, Baden (AG)

Als Inhaberin einer Transportunternehmung im Bausektor bin ich tagtäglich mit der Thematik von Investitionen in unseren Betrieb beschäftigt. Um den Anforderungen der öffentlichen Hand zu genügen und nicht in die teuerste Kategorie der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) zu fallen, müssen Transportunternehmerinnen und -Unternehmer ständig in neue, modernste Fahrzeug- und Maschinenparks investieren. Damit solch grosse Investitionen und Anschaffungen getätigt werden können, braucht es Kapital in der Unternehmung. Die 99%-Initiative führt zu einer erheblichen Zusatzbelastung der Unternehmen bei der laufenden Besteuerung. Wenn Kapitaleinkommen höher besteuert wird, dann führt dies zu einer Verknappung der verfügbaren finanziellen Mittel in den Unternehmen. Um in die verschiedenen Geschäftstätigkeiten zu investieren, sind aber besonders Familienunternehmen und Startups stark auf eine solide Substanz angewiesen.

Stefanie Heimgartner, Nationalrätin des Kantons Aargau, ist auch Unternehmerin und Inhaberin eines Transportunternehmens im Bausektor. Die 99%-Initiative bedroht Tausende von Schweizer KMU wie jenes von Stefanie Heimgartner und gefährdet somit Arbeitsplätze.

Nachfolgeprozesse bei Familienunternehmen werden erschwert, und der Wirtschaftsstandort Schweiz wird unattraktiv

90 Prozent aller Unternehmungen in der Schweiz sind Familienunternehmen. Wir sprechen hier von rund 300'000 Unternehmungen, welche zusammen rund 3,2 Millionen Arbeitsplätze bereitstellen. Ein grosser Teil dieser Unternehmungen wird in x-ter Generation geführt, und es müssen immer wieder Nachfolgeregelungen gefunden werden. 92 Prozent dieser Übergaben erfolgen entgeltlich, da die Unternehmerinnen und Unternehmer ihren künftigen Lebensunterhalt ganz oder teilweise aus dem Verkaufserlös finanzieren müssen.

Durch die neue Kapitalgewinnsteuer sinken die Erlöse der Unternehmungen. Als Konsequenz müssen die Verkaufspreise erhöht werden, damit die Unternehmerinnen und Unternehmer ihren Lebensabend finanzieren können. Das bedeutet, dass die nachfolgende Generation einen erhöhten Kaufpreis bezahlen muss, für den sie ein zusätzliches Darlehen benötigt. Dieses Darlehen wird in den meisten Fällen über das Unternehmen finanziert, was zu einem Mittelabfluss und/oder einer höheren Verschuldung des Unternehmens führt. Das schwächt nicht nur das Unternehmen, das macht auch den Wirtschaftsstandort Schweiz unattraktiv.

Nach der Corona-Krise darf der Staat den Unternehmen keine weiteren Belastungen aufbürden

Wir erleben zurzeit eine der grössten Wirtschaftskrisen seit dem Zweiten Weltkrieg. Für die Unternehmen ist es nun besonders wichtig, wieder zurück zur Normalität zu kommen und die finanziellen Verluste wieder stabilisieren zu können. Mit der Annahme dieser unsäglichen Initiative wäre eine rasche wirtschaftliche Erholung nicht möglich, und Investitionen sowie Arbeitsplätze wären in Gefahr.

Für unsere Unternehmungen und somit für die Arbeitsplätze in der Schweiz sagen wir am 26. September NEIN zur Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»!

Schädlicher Klassenkampf

Am 26. September stimmen wir über die 99%-Initiative ab. Die links-grünen Befürworter werben auf ihrer Homepage mit mehr «Gerechtigkeit», «feministischer Zukunft» oder «Stärkung der Demokratie». Dazu gibt es scharfe Klassenkampf-Rhetorik.

von Ueli Maurer
Bundesrat
Wernetshausen (ZH)

Aber es geht den Befürwortern der 99%-Initiative nicht um die arbeitende Bevölkerung, die Frauen, den Mittelstand oder um soziale Wohlfahrt, wie sie behaupten. Sondern darum, Wirtschaft und Gesellschaft nach ihren links-grünen Vorstellungen umzugestalten.

Sie wissen allerdings, dass der Sozialismus in der Schweiz nicht mehrheitsfähig ist. Eine DDR mit Alpenpanorama ist nur für die wenigsten Schweizerinnen und Schweizer eine verlockende Alternative zu unserer hohen Lebensqualität, zu Wohlstand und Freiheit.

Darum zünden die Initianten Nebelpetarden: Neid, Missgunst, Eifersucht. Polemik gegen «Superreiche». So vernebeln sie ihre Absicht: Mit dem Volksbegehren wollen sie die freie Wirtschaft ins Mark treffen.

Aus links-grüner Logik sind die Forderungen der 99%-Initiative folgerichtig:

Diese verlangt auf Kapitaleinkommen (also beispielsweise Zinsen, Dividenden und Erträgen aus Vermietungen) ab einer gewissen Höhe (diese wäre vom Parlament festzulegen) eine höhere Besteuerung: Für jeden Franken oberhalb dieser Grenze müssten so viel Steuern bezahlt werden, als würde es sich dabei um 1.50 Franken handeln. Das ist nichts anderes als eine Strafsteuer für Sparer und Investoren.

So soll der Anreiz beseitigt werden, Ersparnisse zu bilden und damit Kapital aufzubauen. Aber Kapital braucht es, um neue Unternehmen zu gründen, um Innovationen zu finanzieren, um produktiver zu werden. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Um mit dem rasanten Fortschritt mitzuhalten. Um international konkurrenzfähig zu bleiben.

Investitionen sind der Treibstoff für den Wirtschaftsmotor. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, brauchen wir eine florierende Volkswirtschaft. Wir brauchen darum mehr Anreize für Investitionen, nicht weniger. In der gegenwärtigen Krise gilt das umso mehr. Nur mit einer dynamischen Wirtschaft können wir diese rasch hinter uns lassen.

Was dagegen bei einer Annahme der Initiative geschieht, ist klar: Unternehmen ziehen weg, Kapital wandert ab. Wir verlieren Arbeitsplätze. Und wir verlieren Steuereinnahmen. Bereits jetzt bezahlt das einkommensstärkste Prozent der Bevölkerung rund 40 Prozent der direkten Bundessteuer. Darum ein eindringliches Wort an alle, die den «Superreichen» eins auswischen wollen: Wird die Belastung zu gross, vertreiben wir die besten Steuerzahler ins Ausland. Man schlachtet die Hühner, die goldene Eier legen.

Und für die Steuerausfälle wird dann der Mittelstand aufkommen müssen. Die Rechnung landet also bei Ihnen!

Die 99%-Initiative lehnten neben dem Bundesrat auch der Nationalrat (128 zu 66 Stimmen) und der Ständerat (31 zu 13 Stimmen) deutlich ab.

Das alles ist ganz im Sinne von Links-Grün. Sie schwächen die freie Privatwirtschaft und verstärken die Umverteilung zugunsten ihrer Klientel, die sich ein fremdfinanziertes Idyll in einigen urbanen Zentren leistet. Wer aber eine wohlhabende Schweiz mit einem starken Mittelstand will, der lehnt diese Initiative ab.

Bei der Ehe für alle geht es nicht um Gefühle, sondern um die Rechte der Kinder

Die Befürworter der Ehe für alle argumentieren mit Gefühlen. So weit, so gut. Aber um was geht es tatsächlich bei dieser Vorlage? Es geht um Rechte, und es geht um Identität. Es geht erstens darum, was eine Ehe ist, und zweitens, wie der Schweizer Staat die Fortpflanzungsmedizin regelt.

von Monika Rüegger
Nationalrätin
Engelberg (OW)

Bis anhin galt die Ehe ausschliesslich als Verbindung zwischen Mann und Frau. Biologisch unter Umständen resultieren aus dieser Verbindung Kinder. Daraus entstand die Familie. Damit ist jetzt Schluss. Der Staat will mit der «Ehe für alle» neu definieren, was eine Ehe ist. Zudem soll jedermann/jede Frau das Recht auf Kinder haben. Die traditionelle Ehe wird insofern zum Auslaufmodell, als dass neu jede/-r jede/-n ehelichen können soll. Damit kann ich leben. Wer sich liebt, darf heiraten.

Was mich vielmehr nachdenklich stimmt: Ist irgendwann alles möglich? Keine Form der Ehe undenkbar? Wird auch die Polygamie dereinst gesetzlich erlaubt? Ist das nur noch eine Frage der Zeit?

Zusätzlich mit der Ehe für alle legitimiert der Staat auch die Zulassung der Samenspende für lesbische Paare. Eine Frau kommt ohne Mann zu einem Kind, dies dank künstlicher Samenimplantierung. Der Staat macht das Kinderkriegen quasi zum Grundrecht Erwachsener. Die Rechte der Kinder, das Kindswohl scheinen sekundär.

Ich kann jede Frau und jeden Mann verstehen, die/der gerne Mutter bzw. Vater sein möchte. Es gibt aber auch Rechte für das Kind. Die Natur, die Biologie, sieht vor, dass ein Kind Vater und Mutter hat, dass es aus Vater und Mutter entsteht. Mit der Samenspende wird dem Kind die naturgegebene Erzeugung durch Mutter und Vater genommen. Mit einer fremden Samenspende wird ihm die biologische Abstammungsidentität verwehrt. Die Suche nach dem leiblichen Vater wird einem Kind erst nach seinem 18. Lebensjahr erlaubt, sofern der Samenspender überhaupt Kontakt zum «Produkt» (dem Kind) der Samenempfängerin wünscht.

Die Rechte und der Schutz der Kinder stehen im Mittelpunkt der Abstimmung über die Ehe für alle. Bei einer Annahme der Vorlage wird das Recht der Kinder verletzt, ihre Wurzeln zu kennen. Deshalb lehnt die SVP die Vorlage ab.

Mit der Samenspende wird das Kindswohl sekundär. Das Kind ist dem Kinderanspruch Erwachsener schutzlos ausgeliefert. Kinder werden zu einer Art «Handelsware». Die Erwachsenen entscheiden über das Kind und nehmen ihm die biologisch natürlichen Kindsrechte.

Der Staat will lesbischen Paaren das Kinderkriegen mit der Samenspende ermöglichen. Und was ist mit homosexuellen Männern? Wo greift hier der Gleichstellungsartikel? Verständlicherweise werden Schwule im Rahmen von Gleichstellungsforderungen das Recht auf das eigene Kind durch Leihmutterschaft einfordern. Aber dadurch wird nicht nur das Kind zur Handelsware, sondern auch der Leib der Frau.

Wir werden am 26. September mit der Ehe für alle nicht über Gefühle und menschliche Qualitäten entscheiden, wir werden über die Rechte und den Schutz des Kindes entscheiden.

Darum empfehle ich ein NEIN zur Ehe für alle am 26. September.

SVP bi de Lüt

Besuchen Sie einen Sessionsanlass und treffen Sie Ihre Bundesparlamentarier persönlich:

Kanton Aargau

Nationalrätin Martina Bircher
04.10.2021; 19:30 Uhr
Hotel Zofingen, Zofingen

Nationalrat Thomas Burgherr
04.10.2021; 19:30 Uhr
Hotel Zofingen, Zofingen

Nationalrat Benjamin Giezendanner
02.10.2021; 11:00 Uhr
Gasthof Adler, Birmernstorf

Nationalrat Andreas Glarner
Kein Anlass

Nationalrätin Stefanie Heimgartner
Kein Anlass

Nationalrat Alois Huber
02.10.2021; 11:00 Uhr
Gasthof Adler, Birmernstorf

Ständerat Hansjörg Knecht
04.10.2021; 19:30 Uhr
Hotel Zofingen, Zofingen

Kanton Appenzell Ausserhoden

Nationalrat David Zuberbühler
Kein Anlass

Kanton Freiburg

Nationalrat Pierre-André Page
Kein Anlass

Kanton Bern

Nationalrat Andreas Aebi
16.09.2021; 20:00 Uhr
Markthalle, Burgdorf

Nationalrat Andres Gafner
Kein Anlass

Nationalrätin Andrea Geissbühler
28.09.2021; 19:30 Uhr
Tellsaal, Ostermundigen

Nationalrat Lars Guggisberg
28.09.2021; 19:30 Uhr
Tellsaal, Ostermundigen

Nationalrat Erich Hess
19.09.2021; 09:30 Uhr - Bauernhaus Bienzgut, Bernstrasse 77, Bern-Bümpliz
27.09.2021; 17:30 Uhr - Restaurant Kleefeld, Mädergutstrasse 5, Bern-Bümpliz

Nationalrat Albert Rösti
18.10.2021; 20:00 Uhr
Höchhus, Steffisburg

Ständerat Werner Salzmann
30.09.2021; 20:00 Uhr
Landgasthof Bad Gutenburg, Huttwilstrasse 108, Lotzwil

Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren
30.09.2021; 20:00 Uhr
Landgasthof Bad Gutenburg, Huttwilstrasse 108, Lotzwil

Nationalrat Erich von Siebenthal
Anlass im Oktober geplant. Durchführungsort noch unbekannt

Kanton Basel-Landschaft

Nationalrat Thomas de Courten
28.09.2021; 19:30 Uhr
Kultur und Sportzentrum, Oberemattstrasse 13, Pratteln

Nationalrätin Sandra Sollberger
28.09.2021; 19:30 Uhr
Kultur und Sportzentrum, Oberemattstrasse 13, Pratteln

Kanton Luzern

Nationalrätin Yvette Estermann
02.10.2021; 11:00 Uhr
Treffpunkt: Vor dem Eingang, Rathaus Luzern

Nationalrat Franz Grüter
07.10.2021; 19:30 Uhr,
Restaurant Casa Listrig, Hinter-Listrig, Emmen

Kanton Genf

Nationalrätin Céline Amaudruz
Kein Anlass

Nationalrat Yves Nidegger
Kein Anlass

Kanton Nidwalden

Nationalrat Peter Keller
02.10.2021; 09:30 Uhr
Hotel Engel, Stans

Kanton Obwalden

Nationalrätin Monika Rüegger
Kein Anlass

Kanton Graubünden

Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher
02.10.2021; 09:00 Uhr - Optimo Group, Franz-Burckhardt-Strasse 11, Winterthur (ZH) / **03.10.2021; 09:30 Uhr -** Turnhalle, Seewis Dorf (GR)

Kanton Solothurn

Nationalrat Christian Imark
25.09.2021; 14:00 Uhr
SVP-Stand an der HESO in Solothurn

Nationalrat Walter Wobmann
01.10.2021; 18:00 Uhr
SVP-Stand an der HESO in Solothurn

Kanton Schaffhausen

Ständerat Hannes Germann
Kein Anlass

Nationalrat Thomas Hurter
Kein Anlass

Kanton Schwyz

Nationalrat Marcel Dettling
01.10.2021; 19:30 Uhr
Restaurant Seeburg,
Küssnacht am Rigi

Ständerat Alex Kuprecht
Kein Anlass

Nationalrat Pirmin Schwander
Kein Anlass

Kanton Tessin

Ständerat Marco Chiesa
06.10.2021; 19:00 Uhr
Bar Ul Nin da San Sir,
Viganello-Lugano

Nationalrat Piero Marchesi
06.10.2021; 19:00 Uhr
Bar Ul Nin da San Sir,
Viganello-Lugano

Kanton Waadt

Nationalrat Michaël Buffat
05.10.2021; 20:00 Uhr
Vallée de Joux

Nationalrat Jean-Pierre Grin
05.10.2021; 20:00 Uhr
Vallée de Joux

Nationalrat Jacques Nicolet
05.10.2021; 20:00 Uhr
Vallée de Joux

Kanton St. Gallen

Nationalrätin Esther Friedli
02.10.2021; 10:00 Uhr
Landgasthaus Sonne, Haus der Freiheit,
Wintersberg, Ebnat-Kappel

Nationalrat Roland Rino Büchel
03.10.2021; 10:00 Uhr
Stand (SVP Oberriet) an der Kilbi in
Oberriet (SG)

Nationalrat Mike Egger
Kein Anlass

Nationalrat Lukas Reimann
Kein Anlass

Kanton Thurgau

Nationalrätin Diana Gutjahr
12.10.2021; 19:00 Uhr
Moser Stalleinrichtungen AG,
Fuchsbühlstrasse 12, Amriswil

Nationalrätin Verena Herzog-Schläpfer
Kein Anlass

Ständerat Jakob Stark
12.10.2021; 19:00 Uhr
Moser Stalleinrichtungen AG,
Fuchsbühlstrasse 12, Amriswil

Nationalrat Manuel Strupler
12.10.2021; 19:00 Uhr
Moser Stalleinrichtungen AG,
Fuchsbühlstrasse 12, Amriswil

Kanton Wallis

Nationalrat Jean-Luc Addor
Kein Anlass

Nationalrat Michaël Graber
Kein Anlass

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Kanton Zug

Nationalrat Thomas Aeschi
05.10.2021; 19:30 Uhr
Lorzensaal, Dorfplatz 3, Cham

Kanton Zürich

Nationalrat Martin Haab
29.10.2021; 19:00 Uhr
Moser Stalleinrichtungen AG,
Wettswil am Albis

Nationalrat Alfred Heer
04.10.2021; 18:00 Uhr
Vasco's Bar, Bäckerstrasse 20, Zürich

Nationalrat Roger Köppel
09.09.2021; 19:00 Uhr
Gasthof Ochsen, Dorfstrasse 25,
Küsnacht

Nationalrat Thomas Matter
10.09.2021; 18:30 Uhr
Landgasthof Krone, SVP-Herbstparty
in Russikon

Nationalrätin Therese Schläpfer
05.10.2021; 19:00 Uhr
Restaurant Frohe Aussicht, Häuslenen

Nationalrätin Barbara Steinemann
Kein Anlass

Nationalrat Mauro Tuena
Kein Anlass

Nationalrat Hans-Ueli Vogt
Kein Anlass

Nationalrat Bruno Walliser
09.09.2021; 18:00 Uhr
Hofladen Wiederkehr,
Greifenseestrasse 8, Schwerzenbach

Nationalrat Gregor Rutz
28.08.2021; 11:00 Uhr - Weid 9, Zumikon/
06.09.2021; 18:30 Uhr - Sonnengartens-
trasse 45, Zollikerberg / **10.09.2021; 18:00 Uhr** - Haus der Freiheit, Ebnat-Kappel (SG)/
02.10.2021; 10:00 Uhr - Dorfplatz, Alte
Landstrasse, Zollikon

EIN AUSGEZEICHNETER MITARBEITER:
VAN OF THE YEAR.
DIE OPEL NUTZFAHRZEUGE: DIE VERLÄSSLICHE LÖSUNG FÜR ALLES, WAS SIE BRAUCHEN.
INTERNATIONAL
2021
OPEL VIVARO-e
VAN OF THE YEAR
BE-428716
ENTDECKEN SIE JETZT ALLE VORTEILE DES VOLLELEKTRISCHEN VIVARO-e AUF OPEL.CH
VIVARO-e
OPEL

Es braucht endlich Grenzkontrollen und wieder Reisequarantäne

BAG, Kantone und Medien machen auf Panik und wollen Ungeimpfte vom gesellschaftlichen und sozialen Leben ausgrenzen. Das dürfen wir nicht zulassen. Anstatt eine Spaltung der Gesellschaft braucht es zur Bekämpfung der Coronapandemie endlich Massnahmen an der Grenze und die Stärkung der Eigenverantwortung.

von Esther Friedli
Nationalrätin
Ebnat-Kappel (SG)

Bundesrat Alain Berset hat im Frühling verkündet, dass die Normalisierungsphase mit der Aufhebung der Corona-Schutzmassnahmen beginne, sobald in der Schweiz alle Impfwilligen geimpft sind. Dies ist nun der Fall. Wer sich gegen Covid-19 impfen lassen wollte, konnte dies tun. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat Mitte August die sogenannte Normalisierungsphase gestartet. Doch wer nun dachte, damit hänge auch die Aufhebung der Zwangsmassnahmen zusammen, irrt. Der Bundesrat hält an all seinen Massnahmen fest und will diese nun nur wenige Wochen später sogar wieder verschärfen. BAG, Covid-Task-Force, einige Kantone und die Medien laufen wieder Sturm. Denn aus ihrer Sicht müssen mehr Menschen für eine Impfung gewonnen werden. Doch anstatt dies mit Informationen und einem breiteren und mobilen Impfangebot zu machen, wollen sie die Bürger auf dem Buckel der Gastronomie, der Fitnesscenter und der Freizeiteinrichtungen zur Covid-Impfung zwingen. Sie wollen den Menschen alles, was ihnen Freude macht, erschweren und den Zugang nur noch mit drei G – geimpft, genesen oder getestet – ermöglichen. Das ist ein indirekter Impfzwang. Denn Hand aufs Herz: wer lässt sich für die Konsumation einer Tasse Kaffee in einem Restaurant testen? Damit spaltet der Bundesrat die Gesellschaft und führt eine Zweiklassengesellschaft ein: Wer über ein Zertifikat verfügt, darf den Kaffee drinnen geniessen, wer nicht, muss draussen bleiben. Und was der Staat an seinen Grenzen nicht schafft, das sollen wir Gastronomen nun für ihn in unseren eigenen Häusern umsetzen. Wir sollen für den Staat Hilfspolizisten spielen.

So eine Politik ist unhaltbar. Denn mit der Ausdehnung der Zertifikatspflicht lenken Bundesrat und Kantone von den eigenen Fehlern und Unfähigkeiten ab. Und es zeigt sich: Sie haben vom letzten Jahr nichts gelernt. Seit Beginn der Pandemie hat sich gezeigt, dass es wichtig ist, bei den Grenzkontrollen und Einreisebestimmungen harte Massnahmen zu ergreifen werden müssen, und dass das Contact-Tracing funktionieren muss. Doch vor den Sommerferien hat der Bundesrat praktisch alle Reisequarantänen aufgehoben. Die halbe Schweiz verreiste ins Ausland. Mit verheerenden Folgen: Der grösste Teil der Corona-Patienten in den Spitälern und vor allem auf den Intensivstationen sind Ferienrückkehrer, vorwiegend aus dem Balkan. Dies zeigt doch: Der Bundesrat muss bei den Einreisebestimmungen ansetzen, anstatt die einheimische Gastronomie erneut zu belasten. Dazu gehört auch, dass an den Grenzen verstärkt kontrolliert werden muss. Wer aus Risikogebieten einreist, muss in Quarantäne. Gefordert sind aber auch die Kantone, die ihre Hausaufgaben bei der Gesundheitsversorgung machen müssen. Es kann nicht sein, dass die Schweizer KMU nun wieder die Suppe auslöffeln müssen, die der Staat versalzen hat.

Bei offenen Landesgrenzen breitet sich das Virus rasch aus.

SUBARU

AUF ZU DEN STERNEN!

Jetzt beim Forester 4×4
und Subaru XV 4×4 profitieren.

5 STAR EDITION

- GROSSE PREISVORTEILE
- CASH-BONUS CHF 1500.–
- PREMIUM BODENTEPPICHE
- 5 JAHRE GARANTIE
- 5 JAHRE GRATISSERVICE

5505.– CHF
KUNDENVORTEIL*

Energieetikette 2021
A B C D E F G
E

subaru.ch

* Zum Beispiel abgebildetes Forester-Modell: Subaru Forester 2.0i e-BOXER AWD Luxury, 150/16,7 PS, Energieeffizienz-Kategorie E, CO_2-Emissionen kombiniert 185 g/km, Treibstoffverbrauch kombiniert 8,1 l/100 km, CHF 45'650.– (inkl. Metallic-Farbe, Cash-Bonus von CHF 1500.– bereits abgezogen). Kundenvorteil: Service-Paket, Garantie-Paket, Cash-Bonus, Bodenteppiche. Ausgenommen: Modelle Advantage. Aktion gültig bis 30.09.2021.
SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00.
Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 7,7% MwSt. Preisänderungen vorbehalten.

5 SUBARU STAR PLUS WARRANTY 5 YEARS/150'000KM

5 SUBARU FREE SERVICE 5 YEARS/75'000KM

Aufbruch zur Normalität

Am 11. August rief der Bundesrat die Normalisierungsphase aus. Doch Normalität hat er keine in Aussicht gestellt. Deshalb braucht es jetzt das Volk, um die Schweiz auf den Weg der Freiheit zurückzubringen. Ein nüchterner und pragmatischer Umgang mit dem Virus ist das Gebot der Stunde.

von David Trachsel
Präsident Junge SVP
Grossrat, Basel (BS)

Obwohl der Bundesrat versprach, dass Ende Sommer das Covid-Zertifikat vom Tisch ist, spricht er heute sogar von der Ausweitung des Zertifikats auf Restaurants und andere Bereiche. Weiter behauptete der Bundesrat, dass die Impfung auch andere Menschen schütze und sich deshalb auch Junge aus Solidarität impfen lassen sollen. Am 3. August aber hielt das BAG fest, dass Geimpfte das Coronavirus ebenso verbreiten können wie Ungeimpfte. Das Impfen von Kindern und jungen Erwachsenen, im Sinne eines Akts der Solidarität, ist deshalb kompletter Unsinn. Zudem stellte der Bundesrat in Aussicht, die Massnahmen aufzuheben, sobald alle impfwilligen Erwachsenen geimpft sind. Zum jetzigen Zeitpunkt sind alle impfwilligen Erwachsenen geimpft. Doch von der Aufhebung der Massnahmen ist nichts zu sehen. Es erscheint sogar realistischer, dass neue, zusätzliche Massnahmen eingeführt werden, als dass die bestehenden Massnahmen aufgehoben werden.

Einmal mehr trifft es die Büezer

Den Bundesrat scheinen diese Widersprüch nicht zu interessieren. Nach wie vor klammert er sich an seine Vollmachten und an seine komplett missratene Massnahmenpolitik. Selbst wenn man von den Milliardenschulden, den überfüllten Psychiatrien oder den Firmenkonkursen absehen würde, kommt man zum Schluss, dass die Massnahmenpolitik komplett missraten ist. Das beste Beispiel dafür spielt sich gerade in diesen Tagen und Wochen ab. Trotz Covid-Zertifikat und anderen einschränkenden Massnahmen explodieren die Fallzahlen. Dies ist zwar unbedenklich, aber dennoch ein Fakt. Zum Vergleich: Zum gleichen Zeitpunkt vor einem Jahr gab es keine Impfung, kein Covid-Zertifikat und fast keine Massnahmen. Doch die Fallzahlen waren im letzten Jahr sage und schreibe zehn Mal tiefer als heute. Die jetzigen Massnahmen verdienen demnach nichts anderes als das Prädikat nutzlos.

Um aus dieser Krise zu kommen, muss das Volk nun mittels einer Volkabstimmung dem Bundesrat die Vollmachten entziehen und selber die Normalität wiederherstellten. So weitermachen wie bisher können wir jedenfalls nicht. Junge werden gegen Alte ausgespielt, Geimpfte gegen Ungeimpfte. Es wird gespalten, es wird gegeneinander aufgehetzt, und Grundrechte sind nur noch optional. Ausgerechnet die Niedriglohnbranchen wie Gastgewerbe, Hotellerie, Tourismus, Kultur, Sport und Freizeit werden immer noch durch einschränkende Massnahmen geplagt. In all diesen Branchen sind die Löhne noch längst nicht auf dem Vor-Corona-Niveau. Einmal mehr trifft es die Büezer am härtesten.

Die Verschärfung des Covid-Gesetzes, über die wir am 28. November abstimmen werden, sieht die Ausweitung der Sonderrechte des Bundesrates, die Tracing-Vereinheitlichung und den generalisierten Covid-Pass vor. Es entsteht eine Zweiklassen-Gesellschaft. Deshalb lehnt die SVP das Covid-Gesetz.

Mündig Bürger brauchen keine Bevormundung

Es ist höchste Zeit, dass wir mit einem Nein zum Covid-Gesetz den Impfzwang beenden, die Bundesratsvollmachten aufheben und damit den Weg zur Normalität einschlagen. Geben wir uns nicht der Gewohnheit hin unser ganzes Leben vom Staat durchregulieren zu lassen. Wir sind mündige Bürgerinnen und Bürger, wir brauchen nicht länger bevormundet zu werden und wir sind sehr wohl im Stande, selbst für unsere Gesundheit zu sorgen und pragmatisch mit dem Virus umzugehen und zu leben. Unser Kredo sollte lauten: Aufbruch zur Normalität statt Resignation, Einigung unseres Landes statt Spaltung der Bevölkerung, gesunder Menschenverstand statt medialer Massenpanik, Freiheit statt Staatszwang. Deshalb sage ich Nein zum Covid-Gesetz.

Grosse Sympathien für Covid-Referendum

An der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 21. August 2021 haben die Delegierten im Forum Freiburg in Granges-Paccot ihre Parolen für die kommenden Abstimmungen gefasst. Sie sagen klar NEIN zum Covid-19-Gesetz, das am 28. November zur Abstimmung kommt. Auch zur 99%-Initiative und zur "Ehe für alle", die am 26. September vors Volk kommen, fassten die Delegierten die NEIN-Parole.

IMPRESSUM
SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Bildquellen: SVP Schweiz, Goal AG, Unsplash.com

Nein zur Besänftigung und zu Diskriminierung

Weil die Verhandlungen zum Rahmenabkommen abgebrochen wurden, will der Bundesrat, unterstützt von allen anderen Parteien, nun die Kohäsionsmilliarde als «Besänftigungszahlung» an die EU entrichten. Die Schweiz solle diesen Beitrag bezahlen, sogar wenn uns die EU weiterhin diskriminiert!

von Magdalena Martullo-Blocher
Nationalrätin
Lenzerheide (GR)

Die SVP hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Bundesrat die Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen abgebrochen hat. Unser jahrzehntelanger Kampf hat sich gelohnt! Wir erwarten nun, dass die weiteren Kontakte und punktuellen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU auf Augenhöhe stattfinden und die geltenden Verträge auch von der EU eingehalten werden. Jegliche Diskriminierung, wie die Nichtanerkennung der Schweizer Börse und die Nicht-mehr-Anerkennung von bereits einst anerkannten Produktezulassungen, ist von der Schweiz konsequent zu beanstanden, deren Aufhebung einzufordern und durchzusetzen, wenn nötig mit Gegenmassnahmen.

Schweizer Steuergelder für fragwürdige Projekte

Als 2004 zehn mittel- und osteuropäische Staaten der EU beitraten und später Bulgarien, Rumänien und Kroatien folgten, erklärte sich die Schweiz bereit, diese Staaten «freiwillig und autonom» mit Geldern zu unterstützen. Schliesslich seien die Staaten wirtschaftlich unterentwickelt. Bis heute bezahlte die Schweiz so bereits 7 Milliarden Franken. Hier ein paar Beispiele, welche Projekte damit unterstützt wurden: Ein Tourismusprojekt in den polnischen Karpaten für 4.8 Millionen Franken (wann haben Projekte in der Schweiz je so viel bekommen?), die Überwachung geschützter Tierarten für 1 Million Franken, die Aufarbeitung der Geschichte der Eisenhütten in der Slowakei für 1.2 Millionen Franken. In Tschechien wurden damit betrunkene Autofahrer in einem Programm nachbetreut und an einem «wenig frequentierten Grenzübergang» der Grenzschutz ausgebaut. Ist das der Sinn und Zweck dieser Unterstützungsleistungen? Nun sollen nochmals 1.3 Milliarden Franken an die EU gehen.

Kohäsionsmilliarde für die Menschen in der Schweiz einsetzen

Beunruhigt stellen wir fest, dass der Bundesrat und die anderen Parteien diese Kohäsionsmilliarde trotz Diskriminierungen seitens der EU bezahlen wollen. Unter dem Deckmantel einer weltweit einzigartigen «Marktzutrittsgebühr» soll die EU besänftigt werden. Wir von der SVP lehnen das entschieden ab! Viele dieser Länder haben sowieso schon ein höheres Wirtschaftswachstum und eine geringere Arbeitslosigkeit als die Schweiz und ziehen uns direkt Arbeitsplätze ab. Interessanterweise sind nun auch die EWR-Staaten nicht mehr bereit, ihre Kohäsionsmilliarden weiterhin einfach bedingungslos zu bezahlen. Wieso also sollte die Schweiz so etwas tun?

Für die SVP ist klar, dass die Zahlung der Kohäsionsmilliarde und die Diskriminierungen durch die EU strikt abzulehnen sind. Wir fordern den Bundesrat und die anderen Parteien dazu auf, die von der EU geforderte Kohäsionszahlung nicht zu entrichten. Stattdessen könnte dieses Geld den Menschen hier in der Schweiz zukommen; beispielsweise zur Sicherung der Renten. Dafür setzt sich die SVP ein!

Statt der Erpressung der EU nachzugeben, schlägt die SVP vor, das Geld der Kohäsionsmilliarde für die Sanierung der AHV zu verwenden.

KMU & Arbeitsplätze zerstören?

Linksradikale 99%-Initiative

NEIN

SCHWEIZER QUALITÄT

SVP

Die Partei des Mittelstandes